

## **Antrag der Fraktion der AfD zum Thema Migration**

### **Bürgerwillen für eine scharfe Asylwende respektieren: Illegale Migration nach Rheinland-Pfalz beenden, kriminelle Ausländer konsequent abschieben**

Seit 2015 erleben wir eine beispiellose Erosion der inneren Sicherheit und des sozialen Friedens, verursacht durch illegale Massenzuwanderung aus den sogenannten Asylherkunftsländern, die in der Regel über sichere Drittstaaten und EU-Partnerländer erfolgt. Die kommunalen Kapazitäten für Unterbringung und Integration sind längst ausgeschöpft. Betreuungs-, Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen überlastet und überfordert. Von Gewaltbereitschaft und Islamismus geprägte Parallelgesellschaften greifen zunehmend Raum. Integration gelingt nur noch partiell.

In den vergangenen 10 Jahren musste die öffentliche Hand in Rheinland-Pfalz mehr als 6 Milliarden Euro für die Aufnahme, Versorgung und Integration von inzwischen 140.000 Asylzuwanderern und Kriegsflüchtlingen aufwenden. Gigantische Summen Steuergeld, die an anderer Stelle fehlen. Was regierungsseitig bis heute als Fachkräftezuwanderung verklärt wird, ist in Wahrheit zu großen Teilen eine dauerhafte Einwanderung in das deutsche Sozialsystem. Zuletzt waren 54% der Syrer und 47% der Afghanen in Deutschland auf Leistungen nach dem SGB-II angewiesen. Ein viel zu hohes Versorgungsniveau in Verbindung mit geringen Anforderungen sind nach wie vor ein maßgeblicher Pull-Faktor für Asylzuwanderer aus aller Welt. Derartige Fehlanreize müssen beseitigt werden.

Der staatliche Kontrollverlust bei der Aufenthaltsregulierung und Gefahrenabwehr manifestiert sich unter anderem im wachsenden Messerterror. Solingen, Mannheim, Kandel, Ludwigshafen-Oggersheim und Bingen-Büdesheim sind nur einige Beispiele hierfür. Auch wenn die wenigsten Fälle derart schrecklich enden, sind vergleichbar chaotische Zustände im gesamten Asylsystem an der Tagesordnung.

In Deutschland leben derzeit allein 227.000 ausreisepflichtige Ausländer, die hier nicht sein dürften, aber mangels tatsächlicher oder rechtlicher Abschiebbarkeit in der Regel geduldet werden. An diesem Punkt kapitulieren Behörden zunehmend vor illegaler Zuwanderung und gescheiterter Integration, weil ihnen die Hände rechtlich gebunden scheinen und weil sie keine politische Rückendeckung erhalten.

Hauptgrund ist ein hochgradig dysfunktionales und intransparentes Asylsystem, das den Herausforderungen unserer Zeit in keiner Weise mehr gewachsen ist. Das Asyl- und Flüchtlingsrecht wurde in den vergangenen Jahrzehnten von den politischen Verantwortungsträgern in Land, Bund und EU immer weiter verklausuliert, zweckentfremdet und ausgehöhlt. Heute steht Deutschland am Rande einer asylpolitischen Selbstfesselung. Die verbliebenen Spielräume machen ein entschlossenes Gegensteuern beinahe unmöglich.

Das führt nicht selten zu absurden aufenthaltsrechtlichen Konstellationen. Immer wieder werden illegal eingereiste oder sogar kriminelle Ausländer dadurch vor Abschiebung und Ausweisung geschützt. Staat und Gesellschaft dürfen in solchen Fällen nicht hilf- und wehrlos sein. Unser Land muss seine asylrechtliche Souveränität zurückerlangen, um illegale Einwanderung zu beenden und seine nationalen Sicherheitsinteressen zu wahren.

Anders als in vielen europäischen Partnerländern (z.B. Italien, Frankreich, Ungarn, Polen, Dänemark, Schweden, Niederlande) ist im ampelregierten Deutschland und Rheinland-Pfalz allerdings kein ernsthaftes Umdenken in der Migrationspolitik erkennbar. Abgesehen von rhetorischen

Beruhigungspillen und kosmetischen Minimalkorrekturen, schiebt die Landesregierung die Verantwortung wie so häufig auf andere und bleibt auf ihrem Kurs "weiter so".

Eine derartige Problemignoranz bzw. Blockadehaltung ist nicht hinnehmbar angesichts der verheerenden Folgen, die daraus für unser Land und unsere Bürger resultieren. Die große Mehrheit wünscht sich eine scharfe Asylwende hin zu mehr Begrenzung und Restriktion, d.h. zuvorderst illegale Zuwanderung stoppen, Migrationsschlupflöcher schließen und Abschiebungen auf breiter Front forcieren.

Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, sowohl unmittelbar als auch mittels (gemeinsamer) Bundesratsinitiativen auf die Bundesregierung dahingehend einzuwirken,

- die deutschen Außengrenzen dauerhaft vor illegaler Zuwanderung zu schützen durch Notifizierung sowie Grenzkontrollen und -sicherungsmaßnahmen;
- Zurückweisungen und -schiebungen im Sinne des § 16a GG zu ermöglichen;
- die Sicherheitslage in den Asylhauptherkunftsländern unter Berücksichtigung regionaler Unterschiede jeweils neu zu bewerten;
- sämtliche zielstaatenbezogene Abschiebungsverbote aufzuheben und den umfangreichen Katalog individueller Abschiebehindernisse/Duldungsgründe insoweit möglich abzuschaffen;
- das sogenannte Chancen-Aufenthaltsrecht abzuschaffen, den Familiennachzug bis auf weiteres auszusetzen und die die jüngste Novelle des Staatsangehörigkeitsrechts rückgängig zu machen;
- das Aufenthaltsgesetz zu ändern, um die Ausweisung krimineller Ausländer erheblich zu erleichtern und die Abschiebungshaft zum Regelfall auszuweiten;
- Rückführungs- und Strafverbüßungsabkommen mit übernahmewilligen Drittstaaten abzuschließen (bspw. nach Vorbild Italiens bzw. Dänemarks);
- Asylherkunftsstaaten sämtliche Unterstützungszahlungen zu streichen, wenn sie sich weigern, ihre eigenen Staatsbürger zurückzunehmen (und darüberhinausgehend eine Beendigung humanitärer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu prüfen);
- Sonderregelungen für ukrainische Kriegsflüchtlinge zum sofortigen Bürgergeldbezug zu beenden und das Asylbewerberleistungsgesetz zu reformieren, um die sogenannten Analogleistungen für abgelehnte Asylzuwanderer abzuschaffen.

Der Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf in Rheinland-Pfalz,

- Asylzuwanderer ohne gesichertes Bleiberecht erst nach Ausschöpfung der gesetzlich zulässigen Höchstfrist auf die Kommunen zu verteilen;
- begründeten Anträgen der Kommunen für temporäre Aufnahmestopps zu entsprechen;

## AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz

- die geplante landesweite Bezahlkarte so schnell wie möglich einzuführen und den Baranteil auf ein absolutes Minimum zu begrenzen;
- die Zahl der Abschiebehaftplätze sukzessive auszuweiten und deren Nutzung unbürokratisch zu gestalten;
- in Abstimmung mit den kommunalen Ausländerbehörden und der Zentralstelle für Rückführungsfragen (ZFR) eine landesweite Abschiebeoffensive gegen ausreisepflichtige und kriminelle Ausländer zu starten;
- alle Landesprogramme zu beenden, die Ausreisepflichtige vor Abschiebung schützen oder einer nachträglichen Legalisierung des illegalen Aufenthalts dienen (beispielsweise „Wege ins Bleiberecht“).

Für die AfD-Fraktion



Damian Lohr